

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abbestellungspreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk., von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei Tarif, die 3-spaltige 1,20 Mk., von auswärts 2,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfach 2015. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 269

Freitag, den 18. November 1921

12. Jahrgang

Rüstungsbeschränkungen für die andern!

Die so stark betonte Dessenlichkeit der Verhandlungen in Washington scheint wirklich nur für die Paradereden der Staatsmänner in Betracht zu kommen, nicht aber für die wirklich interessierenden Verhandlungen über die Abänderung der amerikanischen Vorschläge. Aus allen erreichbaren Informationen geht jedenfalls hervor, daß ein ausgesprochenes Gegenpaar zwischen England und Amerika besteht. Jede Partei gesteht zwar eine Verminderung der eigenen Flotte zu, verlangt aber gleichzeitig eine größere Beschränkung der fremden. Dadurch wird der notwendige Eindruck erweckt, daß jede Macht bereit ist, für das Wohl der schwer leidenden Welt Opfer zu bringen, es wird aber dabei verschwiegen, daß die eigenen Opfer einen selbst von unangenehmen Lasten befreien sollen, nicht aber die anderen. Bezeichnend für diese Taktik ist der Kampf um die U-Boote. Wie sehr hier die Anschauungen auseinandergehen, geht schon daraus hervor, daß der für die Frage eingesetzte Ausschuss seine Zuflucht zu einem Unteransatz genommen hat, der jeder Macht Gelegenheit gibt, in geheimen Verhandlungen ihre besonderen Interessen wahrzunehmen. Frankreich lehnt jede Abrüstung ab. Briand will am nächsten Montag nachweisen, daß Frankreich gezwungen ist, seine Armeen zu behalten. Die befreundeten Mächte sollen ihm deshalb ein starkes Heer und eine starke Flotte zuerkennen.

Bei der Verteilung der Welt im fernen Osten scheint es ebenfalls nicht so glatt zu gehen. Amerika macht Vorschläge, die aber letzten Endes darauf hinauslaufen, Amerika freie Hand im Stillen Ozean zu geben.

Der amerikanische Plan zur Regelung der Fragen im fernen Osten umfasst folgende acht Punkte, die besonders die Japaner zu großem Verzicht veranlassen sollen:

1. Aufhebung oder Aenderung des englisch-japanischen Bündnisses;
2. Räumung Schantung durch Japan;
3. Räumung Sibiriens durch Japan;
4. Verzicht Japans auf alle Forderungen aus dem Abkommen Lansing-Fish im Jahre 1917 mit China;
5. Aufgabe aller Einflussphären Großbritanniens, Japans, Frankreichs und aller anderen Staaten in China;
6. obligatorische Verpflichtung, daß der Besitz von Privateigentum in China, insbesondere von Eisenbahnen, in keiner Weise militärische oder politische Rechte verschaffen kann;
7. ein Abkommen, daß die Verträge über die chinesischen Häfen, über die britischen Häfen in Wei-hai-wei und den japanischen Häfen in der Bucht von Kiautschou in keiner Weise eine Schwächung der territorialen Souveränität Chinas darstellen;
8. ein Abkommen, das das Problem des Stillen Ozeans löst.

Nach den Bestimmungen dieses Abkommens würden sich die Vereinigten Staaten verpflichten, auf jede Befestigung der Philippinen, von Guam Midway und der Samoa-Inseln zu verzichten, falls auch Japan keine Befestigungen auf seinen Vorposten im Stillen Ozean anlegt.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Dem Vertreter der deutschen Regierung in Genf ist vom Sekretariat des Völkerbundes mitgeteilt worden, daß der Völkerbund der Völkerverkonferenz in Paris die Ernennung des schweizerischen Bundesrats Calonder zum Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien amtlich bekanntgegeben habe. Eine schriftliche Mitteilung der Ernennung an die deutsche Regierung wird noch erfolgen. Bundesrat Calonder hat die deutschen Bevollmächtigten für diese Verhandlungen, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Fowald, zu einer Vorbesprechung eingeladen, die am 28. November in Genf stattfinden soll.

„Nur Arbeit kann uns retten.“

In Thüringen hat die sozialistische Regierung den Tag als gesetzlichen Feiertag abgeschafft. Aus Opposition hiergegen haben, nach einer Meldung des „Tag“, die Unternehmer beschlossen, sämtliche industriellen Betriebe an diesem Tag ruhen zu lassen und den Arbeitern den Lohn zu zahlen. Das sind die gleichen Herren, die sich vor Entlohnung nicht zu lassen

wollen, wenn die Arbeiterkraft an ihren Festtagen fehlt, und die es als unglaubliche Zumutung betrachten, wenn gar für einen Demonstrationstag Fortzahlung des Lohnes gefordert wird. Für ihre Demonstrationen haben die Herren Zeit und Geld im Überflusse. Und die bürgerlichen Zeitungsphonographen, die bei jeder Arbeiterfeier trompeten, „nur Arbeit kann uns retten“, schweigen fein still, sie begrüßen sogar diese demonstrative Arbeitsruhe. Häßlich, wie die Heuchelei sich hier selber entlarvt.

Die Hege gegen Sachlieferungen.

Matthieu gegen Quag.

Die maßlose Hege der Rechtsparteien gegen alle Bestrebungen der republikanischen Außenpolitik ist bekannt und hat schon zu scharfen Auseinandersetzungen geführt. In längeren Ausführungen wehrt sich nun der frühere Wiederaufbauminister Dr. Walter Matthieu gegen unsachliche Angriffe, die der Geheimne Rat Dr. Quag gegen das Wiesbadener Abkommen gerichtet hat. Quag bekommt es fertig zu behaupten, daß das Sachlieferungsabkommen den Kurs der Mark weiter gesenkt habe. Dabei ist das Wiesbadener Abkommen noch nicht in Kraft getreten! Er beschwert sich über die vorgezeichneten erhöhten Kohlenlieferungen, obgleich er wissen mußte, daß der Leiter des Kohlenfonds an den Wiesbadener Beratungen teilgenommen und das Abkommen befürwortet hat. Der Höhepunkt der unsachlichen Kritik wird aber in folgenden Ausführungen des Herrn Quag erklingen:

„Erreicht ist eine völlige Zerstümmerung unserer schon so schmalen und schwachen — politischen Positionen. Der Herr Quag hat es gewagt, das, was wir in Aktien noch haben, unsern unerbittlichen Gegner Frankreich in die Hand zu spielen. Mußte das nicht unsere anderen Gläubiger, namentlich England, gegen uns aufbringen? Vergebens warnten auch ernste englische Stimmen. Ich kann mich aus bevreiflichen Gründen über diese Dinge nicht näher äußern. Das Ende jedenfalls war Oberschlesien!“

Dr. Matthieu bemerkt dazu:

„Ich habe also nach Herrn Quag, wenn man die stillschweigende Umfassung befreit, unsere letzten Aktiven dem Gegner in die Hände gespielt und Oberschlesien preisgegeben. Sind solche Verdächtigungen, für die der geistlich zulässige Ausdruck fehlt, nach dem Zusammenhang der Quag'schen Argumente erlaubt?“

Nach meinen Ausführungen im Reichswirtschaftsrat mußte Herr Quag wissen, daß die Verhandlungen in Wiesbaden in jedem Stadium mit England besprochen waren, dem überdies innerhalb der Reparationskommission die letzte Entscheidung vorbehalten blieb. In seinem Bericht an die englische Regierung hat das englische Mitglied der Reparationskommission die Annahme des Abkommens mit geringen Änderungen, die sich im wesentlichen auf Verrechnungen innerhalb der Alliierten beziehen, empfohlen. Persönlich hat dieses Mitglied sich mir gegenüber betreffend Wiesbaden entschieden günstig geäußert. Dagegen haben sich entscheidende englische Staatsmänner über den Vorseßer Beschluß mehr als absprechend ausgesprochen. Und das nennt Herr Quag „England gegen uns aufbringen“. Das macht er zur Grundlage der versteckten Behauptung, daß durch Wiesbaden aufgebracht England habe auf den Beschluß gewirkt, Oberschlesien loszureißen, und beides durch meine Schuld.

Wenn unter Demagogie das Wirken zu verstehen ist, das, auf unzutreffende Argumente gestützt, mangelhaft informierte Stände und Massen in verhänglicher oder unverhänglicher Form zu leidenschaftlicher Empörung gegen Menschen und Einrichtungen erregt, so glaube ich berechtigt zu sein, die Quag'sche Rundgebung und was sich auf ähnlichem Niveau bewegt, als demagogisch zu bezeichnen. Wenn solche Rundgebungen, systematisch und unablässig ausgebreitet, zu Aberausenden ins Land gehen und notgedrungen zu Ausbrüchen urteilsloser Leidenschaften führen, so soll man zum mindesten nicht nachträglich mit ahnungsloser und bedauernder Unschuld die Hände waschen und sogenannte Verbienste von den Mördern abschütteln. Schon heute gehen diese Dinge ihren Gang. Ueber ihre Auswirkung zu reden, unterlasse ich.

Es ist echt alldeutsche Moral, erst mit Lügenhege die Massen aufzubringen und sie dann zu verleugnen. Die Würdlosigkeit der Deutschmoralisten ist der schärfste Beweis für die Erfolge dieser Politik!

Washington und Deutschland.

Bei der Abrüstungskonferenz von Washington ist das belegte Deutschland auf die Rolle des Zuschauers verwiesen, und selbst dies ist noch ein recht gewagtes Bild. Wenigstens ist Deutschland in Washington ja nicht einmal Zuschauer, denn Deutschland ist dort diplomatisch noch immer nicht vertreten. Die Zahl der Deutschen aus dem Reich, die sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, ist minimal. Der deutschen Presse fehlen fast alle direkten Beziehungen zu diesem fernen Lande. Das Meer, das zwischen Deutschland und Amerika liegt, ist breiter geworden in dem Maße, in dem der Dollar stieg, und die Mark sank. Nein, Deutschland hat vorläufig in Washington wirklich nichts zu vermelden!

Wenn drüber von der Flottenabrüstung gesprochen wird, so kann das in Deutschland höchstens wehmütige Erinnerungen erwecken. Nicht bezweigen, weil die „berittliche Flotte“ weg ist, sondern weil sie offenbar nur dazu dagewesen ist, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln und unsere Niederlagen in ihm zu besiegeln. In den Jahren vor dem Kriege strebte England ein Abkommen über die Einschränkung der Flottenrüstung mit Deutschland an. Aber die klugen Leute, die damals regierten, ließen sich auf nichts ein. Sie erkannten die Tücke des perfiden Albion und hielten fest an den Worten des gekrönten Oberweisen: „Nur wir sind eine starke Flotte!“ Die für das Flottenabkommen mit England eintraten, das waren nur ein paar weisfremde Sozialisten und die vaterlandlosen Sozialdemokraten. Unausdenkbar, wie sich die Verhältnisse gestaltet haben würden, wenn man ihren Rat befolgt hätte: Wir hätten dann etwas weniger Schlachtschiffe gebaut und wären in ein besseres Verhältnis zu England gekommen, das uns am Ende ermöglicht hätte, den Weltkrieg zu vermeiden. Dann hätten wir heute noch eine Flotte. Wilhelm II. läßt noch auf seinem Thron und könnte auf der Abrüstungskonferenz von Washington mit seinen Delegierten glänzen.

Die Vorrede hat es anders gewollt. Deutschland ist auf der Konferenz von Washington nicht Subjekt, sondern Objekt. Und nicht einmal hauptsächlich Objekt, sondern nur Tauschobjekt. Ueberlebt man die Sprache dieser Abrüstungskonferenz aus der pazifistischen Pose in die imperialistische Prosa, so findet man, daß ihr Hauptgegenstand die Verteilung der wirtschaftlichen und politischen Machtphären, um den Stillen Ozean herum ist, und daß sich ihrem Ausgang entsprechend, die an diesem Handel beteiligten Mächte neu gruppieren werden. Ganz konkret gesprochen, handelt es sich um die Frage, ob das englisch-japanische Einvernehmen weiterbestehen, oder durch ein englisch-amerikanisches, das die Isolierung Japans bedeutet, ersetzt werden soll.

Uns Deutsche kann weder die eine noch die andere Lösung befriedigen. Wir sehen nur, daß sich die eigentlichen Weltmächte für unser Schicksal wenig interessieren, daß sie sehr wenig Neigung zeigen, sich in innereuropäische Verhältnisse einzumischen. Das würde aber bedeuten, daß wir in Europa mit Frankreich allein gelassen werden. Die Begründungsrede Briands in Washington war mit ihrem begeisterten Auf „Die Waffen nieder“ nichts anderes als eine feiner Verheerung aus diplomatischer Sicht, die das Kaiser vor der Jugend zu machen liebt. Frankreichs Bedingung für die Herabminderung seiner Rüstungen zu Lande ist das Schutzbündnis mit England und Amerika gegen Deutschland. Da England und Amerika ihr Interesse in einer ganz anderen Richtung konzentrieren, scheint aus der Abrüstung Frankreichs auch nicht das Geringste werden zu wollen. Und das ist für uns weit schlimmer, als wenn Amerika und England mit Frankreich das gewünschte Bündnis abgeschlossen und sich dabei, wie natürlich ist, eine gewisse Jagerens auf innereuropäische Angelegenheiten vorbehalten hätten.

Auch für die weitere Entwicklung des brennenden Reparationsproblems stehen die Ausichten in Washington wenig günstig. Amerika könnte wohl eine Wendung zum Besseren herbeiführen, da es der Hauptgläubiger der Entente ist. England und Frankreich, besonders Frankreich, sind darauf angewiesen, Deutschlands Schulden einzutreiben, weil sie selber die Schuldner Amerikas sind. So treibt ein Teil den anderen, der letzte Teil aber ist Frankreich, das den Druck der auf es ausgeübt wird, nicht weitergeben kann, sondern selber tragen muß, auf die Gefahr hin, dabei zu zerbrechen. Amerika muß die Gläubigerstellung, die es in der Welt einnimmt, mit einem Millionenerbe von wirtschaftlichen Schädigungen, und wahrheitsgemäß mit der wirtschaftlichen Schädigungen, die es durch die Verwirrung der Weltfinanzen erleidet, nie größer, als die Summen, die es bei höherer Entlohnung seiner Auslandskreditoren erhalten kann. Aber der heroische Mut, im Interesse einer wirtschaftlichen Neuordnung der Welt auf finanzielle Berechtigungen zu verzichten, scheint in Amerika heute noch nicht vorhanden zu sein.

Aus alledem ergibt sich, daß Deutschland von Washington wenig oder nichts zu erwarten hat. Wichtiger für uns als die dortige Konferenz ist die Konferenz von Berlin, die sich zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung abgehalten wird. Hoffnungen auf ein Glück, das aber das Meer kommen wird, dürfen den Blick für den furchtbaren Ernst unserer Lage nicht trüben und uns nicht hindern, ungesäumt das zu ihrer Besserung Mögliche zu tun.

Sozial- oder Individuallohn?

Von Dorothea F. v. B. Frankfurt a. M.

Eines der schwierigsten volkswirtschaftlichen Probleme ist zweifellos die Aufgabe, eine Form der Entlohnung zu finden, die bei eintreffender Würdigung der persönlichen Zustände, die soziale und wirtschaftliche Lage der einzelnen Lohn- und Gehaltsempfänger in geeigneter Weise berücksichtigt. Es ist in diesem Zusammenhang die sogenannte den Zustand des Empfängers in Rechnung stellende soziale Entlohnung vorgeschlagen und in Form von Kinderzulagen, Familien- und Wirtschaftszulagen weitgehend durchgeführt worden. Die Meinung geht vielfach dahin, diese soziale Entlohnung zu erweitern und auszubauen, um auf diese Weise den Verhältnissen und besonders den Kinderreichen eine angemessene Lebensmöglichkeit und Sicherung zu gewährleisten. Wegen dieser Lebenssicherung ist an sich nichts einzuwenden. Um so mehr aber gegen die Form, unter der sie eintreffend soll. Ist der Unternehmer, sei es nun Staat, Stadt oder Privater, genötigt, seine Leute nicht nach Leistung, sondern auf Grund von der Leistung unabhängigen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu entlohnen, so wird er nach Möglichkeit die Einstellung von Kräften vermeiden, die ihn, ohne daß ihm eine Mehrleistung gegenüber stünde, mit größeren und für ihn in diesem Zusammenhang unproduktiven Ausgaben belasten.

Staat und Gemeinde werden sich dem System einer Entlohnung nach sozialen Gesichtspunkten aus naheliegenden Gründen nicht immer entziehen können, wohl aber private Unternehmer, die sich gewohnheitsmäßig gegen alle etwaigen Sonderaufwendungen möglich zu schützen suchen. Man denke zum Beispiel daran, daß das Betriebskrankenkassensystem die sogenannten schlechten Risiken durch die der Einstellung von Arbeitskräften vorausgehende ärztliche Untersuchung sämtlich ausschließen sucht. Würde nun die soziale Entlohnung ein alle bindendes Gesetz, so wird der private Unternehmer nur im Ausnahmefall besonderer Tätigkeit des in Frage stehenden Arbeitnehmers die Mehrzahlung für die Familien- und Kinderzulage auf sich nehmen, die aber im übrigen so weit wie möglich zu vermeiden suchen. Und nicht nur der private Arbeitgeber wird so verfahren. Im wirtschaftlichen Staat war es allgemein üblich, die unteren Dienststellen möglichst mit Unverheirateten zu besetzen. Ich erinnere mich beispielsweise einer regierungsfälligen Verfügung aus Münster i. W., in der es heißt, daß man die Hilfsbeamten im Falle der Verheiratung so weit wie irgend möglich durch Unverheiratete ersetzen solle. Es ist heute vielleicht etwas besser geworden. Ganz gut ist es noch nicht.

Unter solchen Umständen wird sich als weitere höchst soziale und berufsergänzendes Bedürfnis die Folge des Bestehens der Arbeitnehmer ergeben, die Kapital der Anlageberechtigten Familienangehörigen klein zu halten. Das wäre, von manchem anderem abgesehen, schon darum beklagenswert, weil diese Vorsicht in der Kindererzeugung vorwiegend von solchen besonnenen und tüchtigen Menschen getrieben würde, die die besten Verpflegungswerte darstellen, denen man daher im Interesse des Volkswohls eine möglichst große Kinderzahl wünschen sollte.

Das ist ein Dilemma. Es gibt aber einen einfachen Weg, der aus diesem Zwiespalt herausführt. Die Familien- und Kinderzulagen müssen nicht nur fortgesetzt, sie sollten sogar noch den heutigen Verhältnissen und den Erfordernissen gesunder Aufsicht gemäß erhöht werden. Statt aber dem einzelnen Arbeitnehmer, sei es nun Staat, Kommune oder Privatunternehmer diese individuellen Zulagen aufzuerlegen, sollten alle Betriebe nach Maßgabe der von ihnen beschäftigten Personenzahl in einen gemeinsamen Fonds, aus dem die Zulagen gemäß den heute bereits geltenden Individualisierungen der Bestimmungen verabfolgt werden. Die Höhe der künftigen Einzahlung muß an Hand der heutigen bezüglichen Gesamtaufgaben ungefähr errechnet werden und wird sich eine solche, von Jahr zu Jahr wechselnde Größe sein.

In demselben Augenblick, in dem die Zulagen auf diesem Wege aufgebracht und verteilt werden, kann es für den einzelnen Arbeitgeber völlig gleichgültig sein, ob er einen Kinderreichen, einen verheirateten oder unverheirateten Mann dann einstellt. Seine Zahlung zum allgemeinen Fonds regelt sich, unabhängig des Zustandes der von ihm Beschäftigten und unabhängig von ihm, lediglich nach ihrer Anzahl.

Es kann daher dem Arbeitgeber vom Ausgabenstandpunkt aus einerlei sein, ob er Verheiratete oder Unverheiratete, Kinderreiche oder Kinderlose beschäftigt. Unter solchen Umständen wäre es sogar denkbar, daß man im Gegensatz zu heute verheiratete Leute darum bevorzugt, weil bei ihnen in der Regel mehr Stetigkeit und Gewissenhaftigkeit in der Arbeit vorzuliegen ist.

Durch diese Regelung wird endlich nicht nur der Kampf zur Vermeidung kinderloser oder kinderarmer Arbeitnehmer beseitigt, es wird auch, da es schließlich doch die Gesamtzahl der Beschäftigten ist, die auch diese Zulagen auszubringen hat, ein allseitiger Anreiz durch die dadurch vollzogene, daß nun alle gleichmäßig zur Aufsicht der kommenden Generation beizutragen haben.

Zu sei denn diese Frage zu einer positiven Entscheidung durch den Staat zu stellen.

Aus Sowjetrußland.

Ein Schlaglicht auf die Verhältnisse in Sowjetrußland wirft ein Brief, den ein in Leningrad am Schwarzen Meer anfassender junger Chemiker an seine in Stuttgart wohnende Mutter richtete. Der Brief kostete 1250 Rubel Porto (in Deutschland galt ein Rubel etwa 2 Mark) und war über 7 Wochen unterwegs. Wir lassen den Hauptinhalt des Schreibens nunmehr folgen:

Leningrad, 20. September 1921.

Liebe Mutter! Habe deinen lieben Brief vom 9. August erhalten. . . . Es geht und allen sehr schlecht. Wir haben kaum unter täglichem Brot. Eine Feuerung, wie sie in der Welt noch nicht dagewesen. Man weiß am Morgen nicht, ob man am Tage etwas zu essen haben wird. Wie wir den Winter verleben werden, das ist eine Frage. Wollte immer, jedoch sind meine Papiere nicht in Ordnung. . . . Zum Leben habe ich jetzt ungefähr 50 000 bis 60 000 Rubel täglich nötig und spare dabei immer Hunger. Seit bin ich seit einem Jahr nicht mehr. Verdienende ungefähr 1 bis 1 1/2 Millionen im Monat; aber das reicht nicht, man muß noch etwas von meinen Sachen verkaufen, um Schuhwerk und Kleider für meine kleine Olga zu kaufen. So habe ich 2. B. jetzt Schuhen für die kleine für 120 000 Rubel gekauft. Es ist einfach entsetzlich. In den letzten Jahren sind viele von unseren Lieben dahingewandert. Der arme Leopold und seine liebe Daria und noch viele Verwandte. Olga (die Frau des

Briefschreibers) hat nach der Geburt der kleinen starken Winterkälte gehabt. Seine Wollmante, seine ärztliche Hilfe, sein Krankenpfleger war zu haben, so daß die Krone sehr schwer wurde und schmerzhaft. Ich konnte ihm keine Hilfe schaffen und verzweifelte fast, so daß ich noch die Darmtuberkulose und Herzschwäche abgelehrt. . . . Leopold starb im Herbst 1918 am Bluthusten, den er sich im Gefängnis geholt hatte, wo er eine Nacht zubringen mußte, weil er ohne Nahrung ausgingen war. Vor dem Tode phantasierte er immer und viel seine Kinder. Es war auch sein Arzt zu bekommen, weil auf den Straßen gerade Schieber war. . . . 10 Pfund Brot kosten 30 000 Rubel. Ja, die Zeiten sind fürchterlich. Man trägt das Geld in Säcken auf den Markt und bringt die Nahrung in den Taschen nach Hause. Wir zahlen nur nach Risiken und Hungern dabei.

Mit herzlichem Gruß an alle. Alphonse.

Ein Dokumentar in dieser Lebensbilderung erblüht sich.

Konjunkturumkehr.

Von R. F. v. R.

Vom internationalen Geldmarkt. — Neue Zinsermäßigungen. — Die gewerbliche Konjunktur.

Die Bank von England und die Bundesreservebank New York setzen gleichzeitig ihren Diskont um 1/2 Prozent herab. Damit beträgt der offizielle Zinssatz in London 5, in New York 4 1/2 Prozent. Da sich der Diskontsatz, den die großen Privatbanken berechnen, an beiden Plätzen unter 4 Prozent bewegt, so kann man bereits von einem recht stillen Stand des internationalen Geldmarktes sprechen. In den entscheidenden Zentren des Weltkapitalverkehrs heißt das Angebot frei verfügbarer Geldmittel schneller als die Kreditnachfrage. Neugierig ist daher die Geldmarktlage der Länder mit normaler Geldversorgung und der Inflationsländer gleich. Hier wie dort herrscht Geldfülle, hier wie dort verhältnismäßig niedrige Zinssätze.

Aber die Umstände, welche diese Geldmangel in den Vereinigten Staaten und Deutschland erzeugt haben, sind grundverschiedener Natur. In der ökonomisch so mächtigen amerikanischen Union und auch in England bedeutet das Überwiegen des Angebots im Kreditverkehr eine Fülle brachliegenden Realkapitals. Die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten können infolge der Absatzkrise nicht ausgenutzt werden.

Die Absatzkrise ist am Kreditmarkt verschiedene Wirkungen aus, je nach dem, bei welcher Drehung des großen Rades der Wirtschaft die Störung erfolgt. Reicht sie in einem Moment ein, wo große Mittel ausgelassen sind, so steht der Rückfluß der kreditierten Summen infolge der Unverkauflichkeit der Waren vor. Dies macht die Geldgeber misstrauisch und zurückhaltend und treibt die Zinssätze empor. Werden die aufgeschauten Vorräte allmählich abgesetzt und die Kredite zurückgezahlt, dann nimmt bei fortwährend verringerter Produktion die Nachfrage nach Darlehen ab. Nach einer notwendigen Liquidationsperiode führt also die Absatzkrise und das Darniederlegen der Produktion zu niedrigen Zinssätzen.

Der internationale Geldmarkt hat bekanntlich auf die erste Phase der klagerten Entwicklung, auf den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Frühjahr 1920 mit Zinssätzen von 7 bis 7 1/2 Prozent reagiert. Da nach erfolgtem Liquidationsprozeß die gewaltige Produktionserschütterung weiter andauert, so mußte eine Periode niedrigen Zinsfußes eintreten.

Am deutschen Geldmarkt gingen die großen Zinsschwankungen in England und Amerika kurios vorüber. Hier herrscht ständig Geldfülle, unabhängig vom Umfange der verfügbaren Realkapitalien, weil die Notenpresse unausgesetzt für reichliches Angebot am Geldmarkt sorgt.

In der gewerblichen Konjunktur macht sich die Geldfülle weiter geltend. In den kapitalstarken Ländern scheint selbst die geringfügige Erholung seit August wieder verloren gegangen zu sein. Besonders gilt dies für die englische Eisen- und Textilindustrie. Am englischen Geldmarkt wurden neuerlich wieder Zinssenkungen vorgenommen.

Im Gegensatz dazu steht die industrielle Lage in Deutschland. Unter dem Einfluß des Preiskurzes sind die meisten Gewerbe mit Aufträgen reichlich versorgt. Die Textilindustrie ist vielfach angespannt beschäftigt, im Eisenwerke können die Werke der Nachfrage nach Walzprodukten gar nicht nachkommen, die Maschinenbauanstalten sind voll beschäftigt. Die Kürzung der Rüstungskosten wirkt auf die Entwicklung sehr günstig. Gemindert wirkt dagegen die ungenügende Kohlenversorgung. Sie hängt zum Teil mit der partiellen Einstellung des Schiffverkehrs am Rhein und Ruhr infolge außergewöhnlich niedrigen Wasserstandes zusammen.

Mieterverein und Mieterklub.

In einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Gesamtvorversammlung des Bundes Deutscher Mietervereine wurde folgende Entschließung gefaßt:

1. Er verwirft mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse der Sozialisierungskommission wegen der Freigabe der Gewerbesteuern vom Mieterklub. Eine derartige Freigabe würde der Ausmietung und damit neuer Grundstückspekulation Tür und Tor öffnen; sie würde durch die Ausmietung eine Anzahl von Existenzen vernichten und würde eine erneute Preissteigerung der allgemeinen Lebenshaltung bedeuten.

2. Der Bund verlangt entgegen dem Antrag Reichsrenten und der Reichsrenten, zunächst die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erklären, die sofortige Beratung und Verabschiedung des Reichsmieten- und Mieterklubs.

3. Der Bund beschließt, auch dem Deutschen Verein für Wohnungsreform und dem Deutschen Wohnungsausschuß auszutreten, da er eine Zusammenarbeit mit Organisationen ablehnt, die sich einer fortschrittlichen Entwicklung des Wohnungswesens klar entgegenstellen. Er wird seine Unterorganisationen anrufen, ebenfalls den Austritt zu erklären.

4. Der Bund wird seine Stellungnahme zur Neuordnung des Wohnungswesens in einer von Rechtsanwalt Groß, Dresden, im Auftrag des Bundes verfaßten Denkschrift niederlegen, die er in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit überlegt.

5. Der Bund erwartet von Reichstag und Reichsregierung, daß sie die Interessen der Mieterchaft nachdrücklicher als bisher vertreten und die von den Vertretern des Hausbesitzes offenbar beabsichtigte Verschärfung einer ungehörigen Regelung des Wohnungswesens nicht z. B. durch eine Verankerung des Preises der Lage, der mit Deutlichkeit aus der sich innere der Mieterchaft bemerkbar machen, täglich wachsenden Unruhe spricht.

Deutschlands Sachleistungen.

Im Monat Oktober wurden an Frankreich 548 Eisenbahnfahrzeuge zurückgegeben, so daß nunmehr auf Grund des Artikels 288 des Friedensvertrages an Frankreich insgesamt 6211 Staatsbahnwagen und 848 Privatwagen zurückgegeben sind.

An Belgien wurden bis zum 31. Oktober insgesamt 12 736 Staatsbahnwagen und 248 Privatwagen zurückgegeben.

Diese Rücklieferung auf Grund des Artikels 288 des Friedensvertrages ist unabhängig von der Lieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen auf Grund des Artikels VII des Waffenstillstandsvertrages. Diese Verpflichtung aus dem Waffenstillstand ist nahezu restlos erfüllt.

Vertrauensvotum für die preußische Regierung.

Berlin, 17. Nov. (B.Z.N.) In der heutigen Sitzung des preußischen Landtags wurde der Vertrauensantrag mit 108 gegen 90 Stimmen angenommen. Es waren insgesamt 207 Stimmen abgegeben worden.

Die Lage in der Ukraine.

Nach vorliegenden Meldungen finden in der Umgebung Iew Rämpfe zwischen den Roten Truppen und den Aufständischen statt. Die unmittelbar bei Iew gelegenen Orte Makarow, Korobianka und Swiatolichin sind bereits vorübergehend von den Aufständischen besetzt gewesen. Vor Kamenez-Podolsk sind erneut Kämpfe zwischen Aufständischen und den Roten Kavallerie entbrannt. Die polnisch-ukrainische Grenze ist seit einigen Tagen wieder von den roten Grenzposten entblößt und wird ausschließlich von polnischen Grenztruppen geschützt.

Der 6. Allukrainische Rätekongress wird für den 13. Dezember nach Charkow einberufen; er soll u. a. die Delegierten der Sowjet-Union für den Moskauer Allukrainischen Rätekongress wählen. Am 20. November wird die 4. Session des Charkower sowjetukrainischen Zentralerekutivkomitees eröffnet; die Tagesordnung umfaßt Berichte über die Ergebnisse der Naturalsteuer, der Warenaustausch-Operationen, über die Versuche zum Wiederaufbau der Donez-Industrie und über die Hungerhilfe.

Die Verbindung zwischen der Warschauer sowjetukrainischen Vertretung und Charkow, dem Sitz der sowjetukrainischen Regierung, ist seit einer Woche unterbrochen. Auch die Moskauer und Petersburger Sowjetpresse schweigt sich über die Vorgänge in der Ukraine aus.

Die Kommunisten gegen die Wahrheit. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom 12. Nov. eine Meldung, nach der der Oberbürgermeister von Hannover und Landtagspräsident Genosse Reinert mit dem „Rheinland“-Konzern zwecks Verkauf der hannoverschen Gasanlagen an den Konzern in Verhandlungen getreten sei und ihm hierfür eine Aufsichtsratsstelle in Aussicht gestellt worden ist. Wie so oft, handelt es sich auch hier um eine Verdrehung von Tatsachen mit dem Zweck, sozialdemokratische Führer zu verleumden. In Wirklichkeit handelt es sich um den Antrag einer Schiffbau-Gesellschaft am Indener Hafen, mit der Stadt Hannover ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu errichten. Die Verhandlungen hierüber sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Gleichzeitig veröffentlicht „Die Rote Fahne“ eine Mitteilung von „großen Lebensmittelhändlern des mehrheitssozialistischen Seniors Lindemann“, die eine große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen haben sollen. Die Lebensmittelhändler sind genau so erfunden wie die obige „Erregung“, die ebenfalls auf Kombinationen der „Roten Fahne“ beruht.

Vertrag zwischen Sowjetrußland und der Mongolei. Zwischen Sowjetrußland und der Mongolei ist ein Vertrag unterzeichnet worden. Danach dürfen Organisationen, die einem der vertragsschließenden Teile feindlich sind, beiderseits nicht gebildet werden. Der Vertrag setzt die Grenzen fest und enthält ferner die Meistbegünstigungsklausel und die Grundsätze einer einheitlichen Sozialpolitik. Sowjetrußland überläßt die ihm in der Mongolei gehörenden telegraphischen Einrichtungen unentgeltlich der mongolischen Regierung.

Belagerungszustand in Odesa. In Odesa ist der Belagerungszustand erklärt worden. Trotz hat Befehl erteilt, alle Städte in dem aufständischen ukrainischen Gebiet dem Erdboden gleichzumachen und die aufständische Bevölkerung niederzumachen.

Indien will von den englischen Königen nichts wissen. Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ersten Unruhen der Eingeborenenviertel. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet.

Englische Arbeiter zur Reparationsfrage. In einer Rede in Liverpool erklärte Henderson, die englische Arbeiterchaft sei der Ansicht, Deutschland müsse bestimmte gerechte Reparationen leisten. Die Verminderung der Produktionskraft Deutschlands durch die Teilung Oberschlesiens mache dies jedoch unmöglich. Die englischen Arbeiter beurteilten die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und seien der Ansicht, daß die auferlegten Bedingungen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland verhindern.

Die Beihilfe für die Erwerbslosen beschlossen. Eine Million für Kleinrentner.

88. Vollziehung des Volkstages
am Donnerstag, den 17. November 1921.

Der Volkstag bewilligte in seiner gestrigen Sitzung den Erwerbslosen Winterbeihilfe nach den im Ausschuss beschlossenen Föhen. Wird damit auch die Not nicht dauernd beseitigt, so ermöglicht die nun zur Auszahlung kommende Summe doch einige Anschaffungen für den nahen Winter. Der Deutschen Partei gingen die Ausschussanträge zu weit. Sie befürchtete, daß die Arbeitslosen besser gestellt werden, als schlechtbezahlte Familienväter, die in Arbeit stehen und dann der Zwang zur Arbeit fehle. Abg. Gen. Kischowski trat dieser Auffassung entgegen. Nachdem die Zucker in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Höhe beschlossen waren, wurde eine Entschädigung angenommen, nach der den Kindern der Erwerbslosen auch für die Wintermonate wie bisher die Milch zu liefern ist. Zur Pinderung der Not der Kleinrentner wurde eine Million zur Verfügung gestellt. Bei der Beratung des Zuckerenergiegesetzes traten deutsche und polnische Vertreter des Reiches für die Befreiung des Zuckerverbrauchs ein. Besonders bestrebt muß es werden, wenn Dr. Audack als Arzt der Zucker als Nahrungsmittel bezeichnet. Er kann ja nicht wissen, welche Rolle der Zucker in den kinderreichen Arbeiterfamilien spielt. Die Abgeordneten der Linken lehnten einstimmig die neue Belastung der minderbemittelten Bevölkerung ab.

Präsident Dr. Treichel eröffnet die Sitzung und bittet das Haus um Zustimmung zu einer Aenderung der Tagesordnung. Die Gesetze betr. die Erwerbslosenfürsorge sollen zuerst behandelt werden. Dagegen die Beratung eines Abkommens der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen abgeschlossen Wirtschaftsabkommens von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das Haus ist damit einverstanden und beschließt sich alsdann mit dem

Beihilfungsbeihilfen an Erwerbslose.

Die Senatsvorlage ist im Ausschuss für Soziales dank der tatkräftigen Arbeit der Arbeitervertreter bedeutend verbessert worden.

Abg. Schmidt (A.) trat als Berichterstatter für Annahme des Ausschussantrages ein, damit den Arbeitslosen schnell geholfen werde. Im Ausschuss sei der Antrag gegen eine Stimme, bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen worden.

Senatdr. Dr. Schwarz hielt es für seine Pflicht, auf die finanziellen Folgen dieses Antrages für die Gemeinden und den Staat hinzuweisen. Bei Annahme des Ausschussantrages würde mancher Arbeitslose besser gestellt, als schlechtbezahlte Arbeiter. Redner bat um Annahme der Senatsvorlage.

Abg. Dr. Eppich (D. P.) erklärte, daß seine Fraktion starke Bedenken gegen den Ausschussantrag habe. Sie werde für den ersten Antrag der Kommunisten stimmen, der etwas geringere Sätze vorschlägt. Es sei nicht richtig Arbeitslose besser zu stellen, als Arbeiter. Auf jeden Mensch müsse ein mehr oder minder großer Zwang zur Arbeit ausgeübt werden. Der Antrag verursacht eine Ausgabe von etwa einer Million Mark. Die Senatsvorlage ist überholt.

Gen. Kischowski: Wir bitten Sie, dem Antrage, wie er aus dem Ausschuss gekommen ist, Ihre Zustimmung zu geben.

Es kommt uns darauf an, denjenigen denen wir helfen wollen,

rasch zu helfen.

Wir werden nicht in der Lage sein, irgendein System auszuarbeiten, das die Zahlung von Winterbeihilfen oder Notstandsbeihilfen regelt, das nicht hier und dort Ungerechtigkeiten in Erscheinung treten läßt. Wenn wir den Weg beschreiten, den Abg. Eppich beschritten hat, würde eine weitere Verzögerung der Angelegenheit in Erscheinung treten, und damit ist den bitter notleidenden Erwerbslosen nicht geholfen. Es besteht auch die Frage, inwieweit die hierzu beschlossenen Winterbeihilfen die letzten sein werden, die wir im Laufe des Winters beschließen werden. Ich kann mir vorstellen, daß die Verhältnisse nicht nur im Freistaat sondern überall sich so gestalten werden, daß wir über diese Notstandsbeihilfen hinausgehen müssen.

Daß weitere Notstandsbeihilfen gezahlt werden müssen.

Nun hat Abg. Dr. Eppich gesagt, mehr oder weniger muß auf jeden Menschen ein Zwang ausgeübt werden, einmal gelinde, einmal stärker, um ihn für die Arbeit zu gewinnen. Bei unseren Danziger Arbeitslosen ist das nicht notwendig. In der letzten Eingabe der Erwerbslosen kommt zum Ausdruck, daß sie Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit haben wollen und niemals Almosen. Sie nehmen das Almosen nur in Kauf, weil unter dem Zwang der Verhältnisse Arbeit, Erwerbsmöglichkeit, für sie nicht gegeben ist.

Wir müssen die Sache auch psychologisch betrachten, daß das Los der Erwerbslosen in der Beziehung doppelt schwer zu tragen ist, weil das ständige Arbeitslossein, das Verurteiltsein zur Untätigkeit den Menschen mit auf die tiefste Stufe herunterreißt. Für einen denkenden Menschen ist es ja ohne weiteres ersichtlich, daß für einen Menschen, der arbeiten will, der sich im Vollbesitz seiner Kräfte befindet, diese Arbeitslosigkeit nicht nur eine materielle, sondern auch eine psychologische Last ist, die auf ihn drückt. Das kommt auch zum Ausdruck, wenn die Erwerbslosen die Kerze aussuchen. Dort erklären sie, daß sie das Los der Arbeitslosigkeit so hadernd, daß sie sich nicht mehr als Menschen fühlen. Diese Arbeitslosigkeit treibt die Menschen auf Wachen, auf die sie sonst nicht gelangen würden. Aus der Erkenntnis heraus, daß diese Arbeitslosigkeit auch psychologisch betrachtet werden muß, müssen wir es dahin bringen, das Los dieser Menschen zu bessern. Wir bitten Sie aus diesen Gesichtspunkten heraus, nicht auf eine Verschleppung der Angelegenheit hinzuwirken. Wenn Sie etwas für die Erwerbslosen tun wollen, müssen Sie den Antrag des Ausschusses für sozialen Angelegenheiten annehmen. So können wir etwas der Not der Erwerbslosen lindern. Ueber die Winterbeihilfen werden wir reden können bei der Ausgestaltung der Erwerbslosenunterstützung, es liegt ja ein Gesetz vor. Wir werden dann Gelegenheit haben, weiter zu arbeiten und Normen zu schaffen, daß hier und dort vielleicht einmüßig vermieden werden kann. Bei dieser Angelegenheit ist es aber notwendig, möglichst rasch zu arbeiten, damit die Arbeitslosen in den Genuss dieser wenigen Pfennige kommen, damit sie sich etwas kaufen können, da ja je länger die Auszahlung auf sich warten läßt, die Preise immer mehr steigen, und daß, wenn die Auszahlung auch nur 14 Tage später eintritt, den Leuten weniger geholfen wird. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, nehmen Sie den Antrag des Ausschusses an.

Abg. Kischowski (Zentrum) weist darauf hin, daß durch den Ausschussantrag besonders kinderreichen Familien ge-

holfen werden soll. Die Gesundheit der Kinder der Arbeitslosen leidet schwer. Wer die Not der Arbeitslosen kennt, darf nicht achsellos daran vorbeigehen. Der Staat muß auf die schlechtbezahlten Arbeiter (er nicht reichhaltig, da in 8-10 Tagen die Erwerbslosen neue Notstandserträge erhalten werden, um den Stundenlohn auf 9 bis 10 Mark zu bringen. Redner ermahnt, der Ausschussvorlage zuzustimmen.

Abg. Schmidt (A.) bittet nochmals um Annahme des Ausschussantrages und um sofortige Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung. Wenn die Sätze nicht sofort gewählt werden, verlieren sie an Wert, da die Preise ständig steigen.

Abg. Wöhrer (U.S.P.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ausschussanträgen, die durch die Feilscherei der letzten Woche eigentlich schon überholt seien. Er tritt für sofortige Verabschiedung der Vorlage ein, damit die Erwerbslosen schnell in den Genuss der bewilligten Summen kommen.

Abg. Jedwabski (Pole) stimmt dem Ausschussantrag zu und ist gleichfalls für schnelle Erledigung der Vorlage.

Damit war die Aussprache geschlossen. Der § 1 der Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag des Ausschusses zu § 2 wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Deutschen Partei und der Deutschnationalen angenommen. Auf Antrag, daß Dr. Eppich nicht ein § 2a eingefügt, der bestimmt, daß den Gemeinden 1/2 der Beschaffungsbeihilfe vom Staat ersetzt werden, und daß die Deckung der Ausgaben aus den neuen Steuererträgen erfolgt. Der Antrag fand Zustimmung.

Die Beschaffungsbeihilfe beträgt:	Für den Erwerbslosen selbst	Für den Ehegatten	Für jedes unterhaltene rechtliche Familienmitglied
a) für Erwerbslose, die einen eigenen Haushalt führen, und die währ. 10 Mon. 20 Wch. erwbl. waren	400	300	200
" 7 1/2 " 15 " " " "	300	250	150
" 5 " 10 " " " "	250	100	100
" 2 1/2 " 5 " " " "	125	50	50
b) für Erwerbslose, die im Haushalt eines anderen leben und die währ. 10 Mon. 20 Wch. erwbl. waren	500		
" 7 1/2 " 15 " " " "	400		
" 5 " 10 " " " "	200		
" 2 1/2 " 5 " " " "	100		

Auf Antrag des Gen. Gehl fand sofort die 2. Lesung des Gesetzes statt. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz gegen deutschnationalen Stimmen angenommen. Es lagen dann noch zwei Entschliessungen vor. Die erste forderte die Gemeinden, welche die Milchlieferung an die Kinder der Erwerbslosen nicht durchgeführt haben, auf, dieses sofort nachzuholen. Die zweite Entschliessung verlangte, daß alle Gemeinden die Milchlieferung in der bisherigen Form fortsetzen. Ueber die letzte Entschliessung wurde zuerst abgestimmt. Von den Bürgerlichen stimmten nur die Abg. Kersch, Krüdt und Fr. Bessel für die Fortsetzung der Milchlieferung. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde durch Sammelstimmung die 2. Entschliessung mit 20 gegen 31 Stimmen angenommen.

Hilfe für die Kleinrentner.

Der Wirtschaftsausschuss hat beschlossen, den Senat zu ersuchen:

1. Die Wohlfahrtspflege möglichen nach einschlägigen Beschlußpunkten in der Weise auszubauen, daß
- a) Minderleistungen für das Staatsgebiet aufgestellt und
- b) Minderleistungen (Sach- und Vorkleistungen) festgesetzt werden.

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Ergählung von Gottfried Keller.

(Fortsetzung.)

„Sei nur ruhig! Nur noch diesmal wollen wir unsere Betrachtungen rückwärts lenken in jene goldene Zeit, und zwar wollen wir reden von dem letzten Aufste, den du mir gegeben hast, ich erinnere mich der Umstände, als ob es heute wäre, deutlich und klar, und ich bin überzeugt, du beschämst! Ich war schon dreizehn Jahre alt, du etwa zehn, und schon einige Jahre waren verfloßen, ohne daß wir uns mehr gesehen hätten, denn wir dünkten uns nun große Leute. Da sollte es doch noch einen angenehmen Schluss geben; oder war es die frühe Perse, die den neuen Morgen verkündete? Es war an einem schönen Pfingstmontag —“

„Nein, Himmelstags! —“ unterbrach ihn Germinie, schwieg jedoch, ohne das Wort ganz auszusprechen.

„Du hast recht, es war ein prachtvoller Himmelstags im Monat Mai, wir waren mit einer Gesellschaft junger Leute ausgezogen, wir zwei die einzigen Kinder dabei; du bistest dich an die großen Mädchen und ich mich an die Jungen, und wir verschwöhren, miteinander zu spielen oder auch nur zu reden. Nachdem man schon weit und breit herumgekommen, ließ man sich in einem hohen und lichten Gehölz nieder und begann ein Pfänderspiel; denn der Abend war nicht mehr fern, und die Gesellschaft wollte nicht ohne einige Mäherel nach Hause kehren. Zwei Leute wurden ernannt, sich mit Blumen im Munde zu küssen, ohne dieselben fallen zu lassen. Als dieses und die nachfolgenden Paare das Tunstüch nicht zustande brachten, kamt du plötzlich ganz unbefangen auf mich zugehoben, ein Malgüßchen im Munde, besteckst mich auch ein solches zwischen die Lippen und sagtest: „Probier einmal!“ Nichts fielen beide Blume — auf die Erde zu. Ich in Geschwätzen, du sehest aber leicht, dennoch beim Anblick ab. Es war, wie wenn ein leuchtender Schmetterling abgefallen wäre, und ich griff unwillkürlich mit zwei Fingern davon, ihn zu fassen. Da glaubte man, ich wolle den Wind atmen, und lachte mich an.“

„Hier sind wir am Ende!“ sagte Germinie und sprang hinaus. Dann kehrte sie sich freundlich noch einmal gegen Karl.

„Weil du dich so still geballt und meinem Worte die Ehre gegeben hast, die ich gebührt,“ sagte sie. „Ich will ich, wenn

es nötig sein sollte, auch vor vier Wochen wieder mit dir fahren und es dir in einem Briefchen anzeigen. Es wird das erste Schriftliche sein, das ich dir anvertraue.“

Damit eilte sie nach dem Hause. Karl dagegen fuhr eilig nach dem Hafensplatz, um den Japantisch der bleibenden Trompeter nicht zu veräumen, der wie ein schartiges Rasiermesser die saure Luft durchschneit.

Er traf schon auf dem Wege mit Audkühl und Spörrt auskommen, die gelind angelächelt waren; sie freundschaftlich und bleider begrüßend, sagte er den ersten unter den Arm und fing an, ihn zu rühmen und zu loben: „Was Tausend haben Sie wieder geirrt? Was haben Sie wieder für Streiche ausgeheckt. Sie schlimmer Patron? Sie sind doch der splendideste Esst im ganzen Kanton, was sage ich, in der ganzen Schweiz!“

„Donner! viel Audkühl, höchst geschmeichelt, daß einmal ein anderer als Spörrt sich an ihn machte und ihn rühmte, „Donner! daß wir schon ins Neß müssen! Können wir nicht noch schnell eine Flasche Gulen abtun?“

„Ob! das können wir auf dem Zimmer ausdrücken! Es ist unheimlich Stille bei den Scherzschlägen, daß man wenigstens einmal während des Dienstes die Döflaterie hinterlegt und heimlich eine Nacht durch auf dem Zimmer wacht. Und wir wollen als Rekruten zeigen, daß wir der Spezialwaffe würdig sind.“

„Das wäre ein Hauptpaß! Ich zahle den Wein, so wahr ich Audkühl heiße! Aber schlaun müssen wir sein, listig wie die Schlangen, laßt sich nicht gewinnen.“

„Nur ruhig, wir sind die rechten Leute! Wir wollen nur recht still und schweigend eintrinken und kernerlei Aufhebens machen.“

Als sie in die Kaserne kamen, waren die andern Zimmergenossen alle in der Wirtschaft und nahmen dort den Schlaftrunk. Karl zog einige ins Vertrauen, die teilten es weiter mit, und so verfiel sich jeder mit ein paar Flaschen, die sie unbemerkt, einer nach dem andern, hinausgetragen und unter den Betten verborgen. Auf dem Zimmer, als es schon schlief, legten sie sich ruhig ins Bett, als nachgehoben war, ob die Wächter gefürchtet seien. Dann standen alle wieder auf, verhängten die Fenster mit Mänteln und zündeten die Lichter wieder an, zogen den Wein hervor und begannen zu pfeifern, daß es eine Art hatte, und Audkühl dankte sich wie im Glimm, da alle ihm zuzutrauen und ihn einen großen Mann sein ließen. Denn der heiße Wunsch, auch beim Mü-

är zu gelten, ohne etwas dafür zu tun, machte ihn dämmerig als er eigentlich war. Als er nach seinem Trabanten gehörig zugebetet sah, wurden, erst verschobene Trinkspiele aufgeführt. Der eine machte auf dem Kopfe stehend eine Gleichfölle voll Wein austrinken, die ihm einer vorhielt, der andere auf einen Stuhl sitzen und, während eine an die Decke gehängte und in Umschlingung geklebte Pfeifflügel seinen Kopf umkreiste, drei Gläser leeren, ehe die Regel den Kopf herabhielt, der dritte etwas anderes, und jeder, der es nicht vollbrachte, erhielt irgendeine drollige Strafe. Alles dies wurde in größter Stille vollzogen; wer laut wurde, verfiel ebenfalls in Buße, und alle waren im Dembe, um bei einer Ueber-raschung schnell ins Bett kriechen zu können. Wie nun die Zeit neigte, wo die Munde durch die Gänge frisch, wurde den zwei Freunden auch ein Trinkstüch aufgegeben. Sie sollten sich gegenseitig zwei auf die „flache Rinne“ geklebt, volle Gläser an den Mund halten und dieselben austrinken, ohne einen Tropfen zu vergießen. Problem! Jagen sie vom Leder und freuzten die mit Gläsern beschwerten Weidmänner; aber sie zitterten dergestalt, daß die Gläser herabfielen und sie nicht einen Tropfen erschappten. Sie wurden daher angewiesen, eine Viertelstunde in „kleiner Uniform“ vor der Tür des Schildwache stehen, und solche Unternehmung wurde als das nächste geordnet, was seit Merckungsbereuten in dieser Kaserne verübt worden sei. Ueber das hohe Dembe wurde ihnen Weidwack und Weidmänner freuzwels umgehängt, dazu mußten sie den Tschako ansetzen und die schwarzen Lederstrümpfe anziehen, aber ohne Schuhe, und so wurden sie, den Stüber in der Hand, vor die Tür geführt und an beiden Pfosten aufgestellt. Raum waren sie dort, so schob man den Stügel auf, alle Spuren des Gekoches, enthielt die Fenster, schloß die Lichter und schloß jeder in sein Bett, als hätte er schon seit Stunden geschlafen. Die beiden Schildwachen gingen indessen im Schweine der Ganglaterne auf und ab, die Wächse auf der Schürer, und schauten mit ruhigen Blicken um sich. Spörrt, der wegen des Gratisrausches in letzter Stimmung war, wurde ganz übermüdet und ließ plötzlich an den Fingern, und das beschleunigte die Schritte des diensthabenden Wächters, der schon auf dem Wege war. Als er heranabte, wollten sie rasch ins Zimmer entfliehen; aber die Tür ging nicht auf, und ehe sie sich zu helfen wußten, war der Schlüssel da. Jetzt tanzte in ihrem Kopfe alles durcheinander. Sie stellten sich in der Verwirrung jeder von seinen Pfosten, präsentierten das Gewehr und riefen: „Werda!“

(Fortsetzung folgt.)

2. Die Not der Kleinrentner zu lindern
a) durch Gewährung von Darlehen evtl. ständ. d. h. m.
b) durch Erleichterung des Zinsentzuges,
c) durch Schaffung von Rentenheimen.
3. Unter Wahrung der Rechte der Freien Stadt Danzig
eine Gleichstellung der Kriegsdienstverweigerer, der Ruhestands-
beamten und deren Hinterbliebenen mit denen im Reich mit
tunlichster Berücksichtigung herbeizuführen.
4. Die hierzu benötigte Summe soll auf 1 Million er-
höht werden.
Abg. Gennat (D. P.) gibt einen kurzen Überblick über die
Tätigkeit des Ausschusses und empfiehlt die Annahme der
Vorlage.

Abg. Völkner (D. P.) weist auf die Not der Klein-
rentner hin, die der Regierung hilflos gegenüberstehen. Er
empfiehlt die Annahme der Ausleihungsvorlage.

Abg. W. Wegmann (D. P.) erklärt, daß die sozialdemokratische
Fraktion den Ausleihungsvorlägen zustimmen werde. Die Vor-
lage ist im Ausschuss wiederholt umgehört worden. Er er-
scheint das Haus, die Vorlage einstimmig anzunehmen. Der
Senat möge sie dann schleunigst zur Ausführung bringen.
Die Mehrheit von 1 Million Mark kann ohne besondere
Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden. Der Senat möge als-
bald eine Gesetzesvorlage über Rentenbeiträge usw. vorlegen.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Erhöhung der Zuckerteuer.

Das Haus beschloß sich abends mit dem vom Senat
eingetragenen Gesetzentwurf über die Erhöhung der
Zuckerteuer, der eine erhebliche Belastung des
Zuckerverbrauchs vorseht. Es ist eine Steuer von 25 Prozent
des Wertes vorgeschrieben.

Abg. Velding (D. P.) hält diesen Gesetzentwurf für eine
Notwendigkeit, da große Zuckereinnahmen geschaffen werden
müssen. Zucker gehört nicht zu den notwendigen Le-
bensmitteln, er ist mehr oder weniger ein Genussmittel.
(Redakter: Widerspruch auf der linken Seite.) Deshalb sei eine
höhere Besteuerung des Zuckers angebracht. Redner ist je-
doch nicht mit der prozentualen Besteuerung einverstanden.
Eine feste Steuer von 1 Mark pro Pfund sei angemessener
und bringe den gleichen Steuereinnahmen. Redner empfiehlt die
Gesetzesvorlage an den Senatsausschuss zu überweisen.

Abg. Hahn (D. P.) ist von der Notwendigkeit der Zucker-
steuer nicht überzeugt. Der Haushaltsplan der Stadt zeigt
keine nennenswerte Defizite. Die Kreditkassen werden
durch den Fortfall des Zinsentzuges ebenfalls nützlicher.
Die Zuckerteuer belastet das Pfund Zucker mit 2 Mark und
verursacht die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.
Hahn macht die Mitteilung, daß die Absicht besteht, das
Zuckersteuern und Zuckerteuer in eine Zuckerteuer
umzuwandeln. Wegen dieses Plan werde sich die
Lebenshaltung ändern. Redner möchte sich gegen die in-
direkte Steuer, die an 1/2 von den breiten Volksmassen ge-
zogen wird, der Senat möge an die Besteuerung des Zu-
ckers herangehen.

Abg. W. W. erklärt, daß die sozialdemokratische
Fraktion mit aller Schärfe gegen die Besteuerung des
Zuckers kämpfen werde. In dieser feindlichen Zeit ist die
Zuckerteuer ganz besonders zu verurteilen. Kinderreiche
Familien würden durch sie stark belastet. Redner vertritt
die indirekten Steuern, die die kleinen Steuern sind.

Abg. Dr. Kuback (Pole) erklärt sein grundsätzliches Ein-
verständnis mit der Steuer. Zucker sei kein Nahrungs-
mittel, sondern Genussmittel! (Lärm: Das muß und ein Wort
sagen!) Arme Leute verbrauchen sehr wenig Zucker. (Lärm:
Sie können ihn nicht kaufen!) Die Steuer würde hauptsächlich
den Zuckerverbrauch an Zucker und von Schokolade usw.
treffen. Die polnische Fraktion werde der Vorlage zu-
stimmen.

Abg. W. W. (D. P.) stellt fest, daß der größte Teil des
Zuckers als Verbrauchsmittel konsumiert wird. Die Haupt-
last der Steuer wird die minderbemittelte Bevölkerung zu-
tragen haben. Redner wendet sich gegen indirekte Steuern
und verlangt vom Senat, daß er endlich Besteuern vor-
legt.

Senator Dr. Niehm erklärt, daß die Vorlage zur Deckung
der Ausgaben notwendig ist.

Abg. Schmidt (D. P.) wendet sich gegen die Ausführungen
Veldings und Dr. Kubacks. Zucker sei kein Genussmittel. Viele
Arbeiterfamilien betrachten ihn als Nahrungsmittel, um damit
ihre Speisen herzustellen. Durch die vorgeschlagene Steuer
wird der Arbeiterhaushalt erneut stark belastet. Schon die
Zuckerteuer belastet und die Zuckerfabriken treiben die Zucker-
preise ungewöhnlich in die Höhe.

Die Gesetzesvorlage wurde dem Senatsausschuss über-
wiesen. Gegen 5 Uhr vertagte sich das Haus auf nächsten
Mittwoch nachmittags 3 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Lebensmittelüberweisungen nach Rußland.

Die American Relief Administration European Com-
mission hat mit der Sowjetregierung ein Abkommen
geschlossen, eines Plans zur Überweisung von Lebensmitteln ge-
eignet, der auch in Europa lebende Personen gestattet, Cha-
rakteren an Verwandte und Freunde in Rußland zu senden.
Überweisungsanträge werden in allen europäischen Bureaus
der American Relief Administration entgegengenommen, d.
in London, Wien, Prag, Budapest, Hamburg, Warschau,
Danzig. Der Antrag wird dann nach Moskau und
Leningrad geschickt. Überweisungen können praktisch in
dem Teil Rußlands ausgeführt werden, zwischen Peters-
burg im Norden, Leningrad und Borkow im Süden, und Ufa
und Orenburg im Osten. Die Arme und der Kaufmann sind
gegenwärtig noch nicht eingeschlossen, aber wenn in Zukunft
zusätzliche Nachfragen für Mehl Teile vorhanden ist, sollen auch
sie berücksichtigt werden. Die Lebensmittelüberweisung erfolgt durch
die American Relief Administration, soweit es möglich ist und
durch vorhandene Kanäle außerhalb unserer Operations-
bereiche. Die Lebensmittel werden zu ihrem vollen Marktwert
erhöht werden. Die American Relief Administration wird
den Käufer unterschriebene Empfangsbescheinigungen aus-
stellen lassen oder das Geld innerhalb 90 Tagen zurückzahlen.
Für drei Viertel des in A. R. A. einbezogenen Über-
weisungsbetrags wird dieselbe Lebensmittellieferung an den durch
den Käufer genannten Empfänger liefern, das restliche ein
Viertel der Lebensmittel wird für die Kindererziehung in den
Gebieten der A. R. A. verwendet werden. Die folgenden Lebens-
mittel werden an den Empfänger geliefert: Mehl, Reis,
Mehl, Zucker, Fett und Tee. Eine weitere Bekanntmachung
mit näheren Details wird in einigen Tagen erfolgen, die

selbst gibt auch den Zeitpunkt bekannt, von dem ab Lebensmit-
telüberweisungen geschickt werden können.

Nachdem auch heute an der Weichsel sprach Sonnabend
Prof. Dr. Braun in einer Veranstaltung des Heimat-
bundes. Das Hauptanliegen der Weichsel und ihre großen
Rebenslässe waren und sind liegen in polnischem Gebiet. Die
geographische n. Verhältnisse Polens sind nur wenig bekannt.
Redner schilderte wie die germanische Kultur sich überaus
ausbreitete, im Norden längs der Weichsel, im Süden
dem Weichselufer der Sudeten und Karpaten entlang. Das
damalige riesige Gebiet des heutigen Polen ist wenig von
deutscher Kultur durchdrungen. Auch russische Kultur hat nur
wenig Einfluss gehabt. Redner verteilte die Ansicht, daß Polen
weder zu Westeuropa noch zu Rußland gehöre. Polen sei ein
Rückenland mit besonderen geographischen und kulturellen
Verhältnissen. Die Deutschen in Polen hätten noch große
kulturelle Aufgaben zu leisten, sich vorläufig aber jeder poli-
tischen Betätigung zu enthalten, da das nur zu Gegenmaß-
nahmen führen würde.

Einleitung ländlicher Arbeitskräfte. Das nächste Ar-
beitsamt fordert in der am 10. November 1921 erscheinenden
Nummer des „Staatsanzeiger“ die im Stadtbezirk Danzig
wohnenden Landwirte auf, Genehmigungsanträge zur Be-
schäftigung von Saisonarbeitern bis zum 5. Dezember 1921
einzureichen. Die Genehmigungsanträge müssen den in der
Sonderausgabe zum „Staatsanzeiger“ vom 6. Juni 1921 ge-
gebenen Anforderungen entsprechen. Ohne Genehmigung des
Senats dürfen Wanderarbeiter im Gebiet der Freien Stadt
Danzig nicht beschäftigt werden. Die Genehmigung erstreckt
sich nur auf die Zeit vom 1. März bis 1. Dezember d. J.
Die im Stadtbezirk Danzig wohnenden Landwirte müssen die
Anträge zur Einreichung der Anträge innehalten, weil sie sonst
den Anspruch auf Beschäftigung von Saisonarbeitern ver-
lieren. Mit der Erteilung der Genehmigung ist nur dann
zu rechnen, wenn nach Unterbrechnung aller in Betracht kom-
menden einheimischen Arbeitslosen ein Mangel an Land-
arbeitern besteht, der nur durch Veranlassung von aus-
ländischen Arbeitskräften gedeckt werden kann.

Ermitteltes Dieb. In der Nacht vom 23. zum 24. Okto-
ber d. J. ist in den Büroräumen der Firma Walz u. Co.,
Mühlstraße 74, ein Geldschrank gestohlen worden, wobei für
3000 Mark Silber, 1 Perlenkette, verschiedene Schmuckgegen-
stände und für circa 1000 Mark deutsche und polnische Geld
gehoben sind. Es gelang der Kriminalpolizei alsbald die
gekauften Sachen und dann auch den Täter zu ermitteln.
Es ist dieses der Arbeiter Walter E. von hier. Er wurde
festgenommen und dem Gerichtshaus als Gefangener
übergeben. Die gestohlene Kette, auch der Rest, konnte der gestohlenen Firma
zurückgegeben werden. Das deutsche Geld will er verbraucht
und das polnische sowie die Schmuckgegenstände in die Wollau ge-
worfen haben.

Ums. Gemeindevorsteherwahl vom 15. Nov.
Die Kartoffelbeschaffung der Gemeinde steht nach dem ge-
gebenen Bericht auf dem Stande, daß die Kartoffelbeschaffung
nicht der höher als vorausgesehenen Einkaufspreis war.
Jedoch erfolgt die weitere Lieferung in kürzester Zeit. In-
folge des höheren Einkaufspreises werden in Zukunft nur
noch Kartoffeln für den Preis von 50 Mark an solche Per-
sonen abgegeben, die ein Einkommen bis 15000 Mark ver-
dienern. — Erhöht werden die Preise für Gas, Holz und
Zeer. Gas kostet in Zukunft 1,85 Mk. der Rubelkäufer. — An-
nahme fand ein Antrag, die Entschädigungen für Mitglieder
von Kommunisten in Zukunft nicht mehr zu zahlen. — Für
bauliche Veränderungen und Instandsetzungsarbeiten im
Kurhaus Glettsau wurden 35000 Mark bewilligt, für Besit-
zung und Anpflanzung der Strandpromenade zwischen dem
Kurhaus und den Wäldern 10000 Mark. — Die Erwerbs-
losen hatten den Antrag auf Milchlieferung bis zum Alter
von 6 Jahren auf Gemeindefürsorge gestellt. Der Antrag des
Gemeindevorstandes wollte nur für Kinder bis zu 2 Jahren
Ums. Sozialdemokraten, Kommunisten, Polen und Ge-
meindevorsteher Teil nehmen für den Antrag der Arbeits-
losen, die anderen dagegen, so daß der Antrag abgelehnt
wurde. Selbst das Zentrum, das sich gerne an Arbeiterpartei
aufstellte, stimmte dagegen. Wegen die Arbeiter Arbeiter
daraus ihre Kosten ziehen. Ein Zwischenfall ereignete sich
bei der namentlichen Abstimmung über diesen Punkt. Aus
dem Kreis der Arbeiter waren während der Sitzung schon
einige Male Stühle gefallen, die sich bei der Abstimmung zu
„Blut“-Auslenkungen verhielten. Nachdem der Vorsitzende schon
vorher einige Male versucht hatte, derartig störende Men-
schen zu unterlassen, ließ er den Zuschauerraum räumen.
Wie man auch zu sehr einem Verfahren stehen mag, es ist in
jedem Falle zu vermeiden, wenn die Arbeiter in solchen
Angelegenheiten sich zeigen. Sie hören den Verlauf der Ver-
handlungen ungenau, schließlich hat jede Partei doch ihre
Repräsentanten in der Versammlung sitzen, die dem Empfinden
ihrer Anhänger in umfassender Form Ausdruck verleihen
können.

Eine landrätliche Dienstmohung aus den Spielklub-
nahmen! Bei der Arbeitslosigkeit des Kreises Großer Wer-
der in Liegenhof wurde mitgeteilt, daß dem Kreis aus dem
Hauptamt ein Brief vom 10. März 1921 108 148 Mark und für
die Zeit vom April bis einschließlich September 170 134 Mark zu-
geflohen sind. Ziele: Einnahme haben folgende neue Aus-
gaben gegenüber: Erhöhte Besoldung der Kreisangestellten
60 000 Mk., erhöhte Besoldung der Kreisbeamten 60 208 Mk.,
zur Anweisung eines Fonds für die Ruhestands- und
Winterbeschäftigung der Kreisbeamten 50 000 Mark;
Vohnerhöhung der Kreisbeamten 100 000 Mark; Nach-
bewilligung zur Unterhaltung der Kreisstraßen 200 000 Mk.;
Zuschüsse an den Gemeindefürsorgefonds 100 000 Mark;
Winterbeschäftigung an Kreisbeschäftigten und Kriegshilfs-
bediensteten 60 000 Mark; Entlohnung des Kreises für die Lungenheil-
stätte Jenkau 20 000 Mark, zur verstärkten Schulbildung
100 000 Mark; Nachtrag: Antrag für bedürftige Personen in
leistungsschwachen Gemeinden (hauptsächlich Kleinrentner)
50 000 Mark. Die Kreis-Einnahmen aus dem Spielklub
(108 148 Mark) sollen nach dem Vorschlag des Kreislandtags
als Grundstock zur Gründung einer Dienstmohung des
Landrats dienen. Es wurde zwar ein bisheriger Opposition
gegen den Plan gemacht, aber danach mit 17 gegen 10 Stim-
men so beschlossen. Der Kreislandtag schloß vor, die neuen
Ausgaben durch die Einnahmen aus dem Spielklub zu decken.
Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag auf Nicht-
erhebung der Kreisbeamten auf Rücksicht auf die Einnahmen
des Spielklub wurde abgelehnt. — Es ist bezeichnend, daß
die Spielklubgelder zum Bau einer landrätlichen Dien-
stwohnung Verwendung finden sollen, trotzdem die letzte
Bewohnung nicht zu wünschen übrig läßt. Für die Arbeits-
losen hat man natürlich nichts über. Die Bequemlichkeit des
Herrn Landrats ist natürlich viel wichtiger als die Ein-
nahme der Not der Arbeiter.

Aus dem Osten.

Rußlandsberger Landfriedensbruch-Prozess. Mittwoch fand
vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung gegen 16 Ar-
beiter statt, die im August vorigen Jahres an den Streik-
krawallen an der Walzmühle beteiligt gewesen sein sollen.
Als Hauptangeklagter und „Räuführer“ galt das damalige
Betriebsratsmitglied der Steinfurter Fabrik, der Arbeiter
Otto Birpus, der auch sieben Monate in Untersuchungshaft
war. Die Verhandlung endete damit, daß zwei Angeklagte
freigesprochen wurden, Birpus und ein weiterer Ange-
klagter Gebrat erhielten drei Monate Gefängnis, bei
ersterem wird die Strafe durch die Untersuchungshaft für-
verfügt erachtet, in einem Falle wurde die Verhandlung ver-
tagt, alle übrigen Angeklagten wurden zu vier Monaten Ge-
fängnis mit Strafaussetzung verurteilt.

Landesberg. Für den Ausbau eines umfangreichen In-
dustriebezirks bewilligte das Landesberger Stadtparlament 20
Millionen Mark. Man rechnet damit, daß die Abtrennung
Polens und Westpreußens und ein Teil Oberschlesiens die
Industrie veranlaßt, neue Industriezentren zu schaffen. Die-
sem Begehren will Landesberg entgegenkommen durch Schaf-
fung eines großen Industriebezirks.

Was Eierfresser verdienen.

Der „Münchener Anzeiger“ brachte kürzlich folgende
Notiz: „Der Eierpreis ist in Polen 37,5 Pf., an der holländi-
schen Grenze 60 Pf., im westdeutschen Großhandel 2,20 Mk.“
Ein Herr aus dem Industriegebiet befand sich auf der Rück-
reise von Melefeld, als er feststellte, daß in dem Zuge ein
Wägenwagen mit 1000 Eiern von Westfalen nach Halben-
kirchen lief. Er beobachtete, wie auf jeder Haltestelle ein
Mann aus dem Zuge stieg, um den Wägenwagen genau zu
beaufsichtigen; er schien der Begleiter derselben zu sein.
Der Herr aus dem Industriegebiet beschloß, um die näheren
mit dem geheimnisvollen Wagen verknüpften Umstände zu
erfahren, zu dem Mann ins Abteil zu steigen. In Hamm
bot sich dazu unauffällige Gelegenheit. Man kam bald ins
Gespräch. Der Ertrag derselben sieht so aus: Der Wägen-
wagen enthielt 200 000 Eier, von Polen nach Holland be-
stimmt. Ein Ei hat in Polen 25 polnische Mark, das sind
bei dem Stande der polnischen Währung 87,5 deutsche Reichs-
pfennige, gekostet. Die Bahnfahrt Westfalen-Halbenkirchen
kostet 15 000 Mark, das macht auf das Ei 12,5 Pf. Mit hin
stellen sich die Kosten des polnischen Eies an der holländischen
Grenze auf 37,5 + 12,5 = 50 deutsche Reichspfennige. Der
Empfänger in Holland soll ein „Holländer“ sein. Wer
glaubt! Viel wahrscheinlicher ist es, daß es sich um einen deut-
schen Eierfresser handelt. Sind die polnischen Eier eben über
die Grenze nach Holland gelangt, so dürfen sie sich flugs in
„holländische Eier“ verwandeln, die ohne Umladung in dem-
selben Wägen wieder nach Deutschland gehen. Denn der
Zweck der Umladung ist der, daß das Ei auf dem kurzen Wege
von der holländischen Grenze nach dem Industriegebiet einen
Preis von 2,20 Mark erreicht. Nach den letzten Notierungen
kosteten nämlich 1000 Stück im Großverkehr auf dem west-
deutschen Markt 2150—2250 Mark oder durchschnittlich
2200 Mark.

Nun ist die Differenz von 2,20 bis 0,50 = 1,70 Mark, aller-
dings nicht ohne allen Abzug als Gewinn zu betrachten, und
es müßte mit dieser ganzen Schiebung noch mancherlei wei-
tere Unkosten verknüpft sein, wie Fracht in Polen und in
Holland, sowie auch in Deutschland, Zoll, Schmiergelder,
Sonderabgaben usw. Über rechnen wir zu wenig, wenn wir
dafür im ganzen 60 000 Mark rechnen und also das Ei mit
weiteren 30 Pf. belasten? Wohl kaum. Dann aber betragen
die gesamten Umladungskosten des Eies 50 + 30 = 80 Pf., wäh-
rend auf dem westdeutschen Markt 2,20 Mark dafür erhan-
gelt werden, der „Holländer“ mithin am Ei 1,40 Mark ver-
diene. Die ganze Schiebung trägt diesen Brauen also 200 000
mal 1,40 = 280 000 Mark ein. Wenn er dieses Geschäft nur
vielleicht im Jahre ausführt, verdient er schon weit über eine
Million Mark. Selbstverständlich wandert dieses deutsche
Geld nach Holland, wo es dem Angriff unserer Steuerbehör-
den entzogen ist. Dieser kleine Auschnitt aus dem heutigen
soz. Wirtschafts- (richtiger: Schiebung-) Leben Europas
spricht Bände und bedarf keines weiteren Kommentars.“

Parteinachrichten.

Große Werbeerfolge in Nürnberg. Wir lesen in der
„Frankischen Tagespost“: Die von der sozialdemokratischen
Partei eingeleitete Werbetätigkeit hat ein höchst erfreuliches
Resultat erzielt. Im Stadtbezirk Nürnberg sind bisher
1000 neue Mitglieder für die Partei gewonnen worden, fer-
ner 3000 alte Mitglieder, die ihre Mitgliedschaft wieder aus-
recht erhalten wollten, darunter einige Funktionäre der
U. S. P. Abonnenten für die „Frankische Tagespost“ wurden
im Stadtbezirk Nürnberg bisher 1100 gewonnen. — Die Agi-
tation im Bezirk hat ebenfalls erfreuliche Ergebnisse gebracht.
Die Tätigkeit im Bezirk ist erst an einigen Orten aufge-
nommen, in anderen Ortschaften beginnt sie noch. Nach den
bisher eingehenden Meldungen ist damit zu rechnen, daß
der Gesamtbesitz im Bezirk sich auf 8500 bis 4000 Partei-
mitglieder und ungefähr die gleiche Zahl neue Leser der
„Tagespost“ belaufen wird.

Aus aller Welt.

Zugzusammenstoß. Nach einer Meldung aus Augs-
burg stieß auf der Vorkampfbahn Nibling-Wainbach ein
Personenzug mit einem Güterzuge zusammen. Ein
Wagen des Personenzuges wurde zertrümmert. Eine
Person wurde getötet, drei schwer und sechs leicht
verletzt.

Sturm auf See. Nach einer Meldung aus
Oslo ist das 800 Tonnen große Dampfschiff „Eibe“ in
dem letzten Sturm in der Dofse untergegangen. An
Bord befanden sich 14 Mann. — Einer Meldung aus
Kopenhagen zufolge ist die norwegische Bark „Store-
grund“ in den schwedischen Schären mit Mann und
Maus gesunken; die Besatzung betrug 30 Mann.

Brand eines Dampfers auf hoher See. An Bord
des amerikanischen Dampfers „San Francisco“ ist auf
hoher See ein Brand ausgebrochen. Der Dampfer
führte eine Ladung Zwiebeln für New York. Er wird
als verloren betrachtet. Das Schicksal seiner Besatzung
ist unbekannt.

Danziger Nachrichten.

Eröffnungsvorstellung des „Freien Volkstheaters“

In dem zu einem durchaus zeitgemäßen Theateraal umgearbeiteten Hauptsaal des Werkspellschulhauses fand gestern unter voller Beteiligung der für diese Vorstellung angestellten ersten Mitglieder eine von weit über 700 Besuchern die Eröffnungsvorstellung der neu gegründeten „Freien Volkstheaters“ statt. Man spielte die Fabel „Die Stille im Lande“.

Die Aufführung eröffnete Schriftsteller Herr. Wilhelm Dornow mit einer Einführung in das Werk. Er sprach im Namen der Leitung der „Freien Volkstheaters“ den Dank aus an alle, die dem jungen Unternehmen mit Rat und Tat beigestanden haben, insbesondere den Beistand des Danziger Werks, die durch verständnisvolles Entgegenkommen die baulichen Einrichtungen des Saales gefördert haben. Er betonte sodann nochmals öffentlich den vollen unpolitischen Boden des Unternehmens, das jeder Parteilichkeit fernsteht und keinen anderen Zweck hätte, als den Massen gute Kunst zu bieten. Er entwickelt dann zu dem Drama „Die Stille im Lande“ dessen Charakter, der in jenseits Lebens- und Werdegang seine Erklärung findet.

Die Aufführung, die im vollen Rahmen des Stadttheaters stattfand, mit dessen voller Beteiligung unter Leitung von Oberspielleiter Hermann Marx nahm einen glänzenden Verlauf. Die Künstler waren mit ganz besonderer Liebe und Hingebung am Werke, leisteten sie doch vor einem Publikum, das mit erhöhter Aufmerksamkeit und Dankbarkeit ihren Darbietungen folgte und mit herzlichem Beifall nicht zurückhielt. Da wir über die Aufführung schon gelegentlich berichtet haben, so erübrigt es sich nochmals näher darauf einzugehen. Nur jene, die Gelegenheit gehabt hatten, in der Rolle der Rona Hessel vor kurzem einen berühmten Berliner Gast zu sehen, gaben ausnahmslos zu, daß unsere blühende Vertreterin der Partie der Rona nicht nur durchaus ebenbürtig, sondern sogar erheblich überlegen war.

Besondere Anerkennung verdient die glatte und hemmungslose Verteilung der Rollen durch freiwillige Entnahme aus Urnen, zu 1, 2 und 3 Rollen nach Vorlesung und Entwertung der Monatskarte. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses der „Freien Volkstheaters“, die sich in aufopferungsvoller und uneigennützigster Weise um diese sowie die ebenso schwierige Platzordnungsfrage verdient gemacht haben, fanden in dem schönen Gelingen dieses Abends ihren besten Lohn.

Der schöne und erhebende Eindruck, den der Abend hinterließ, hat auch den letzten Jener, die dem Unternehmen eine Parteinahme unterzuschieben versuchten, jeden Zweifel genommen und daß die „Freie Volkstheaters“ nichts anderes will, als den großen Massen Minderbemittelten, ungeachtet ihrer politischen Stellung, durch Vermittlung guter Kunst Abende der Erbauung und inneren Bereicherung zu verschaffen. Die ständig wachsende Mitgliederzahl zeigt überdies, daß die „Freie Volkstheaters“ mit ihren Bestrebungen auf dem rechten Wege ist. Möge ihr weiterhin Erfolg beschieden sein!

Ein Sieg der freien Gewerkschaften.

Liste V. 1 24 Krankenkassenvertreter.

Die Krankenkassenwahlen am vergangenen Sonntag haben den freien Gewerkschaften einen erfreulichen Erfolg gebracht. Der Vorstand der Krankenkasse stellte in seiner gestrigen Sitzung das Abstimmungsergebnis fest. Von 6918 abgegebenen Stimmen entfielen 5897 Stimmen auf die freien Gewerkschaften. Sie erhalten auf Grund des Verhältniswahlsystems 24 Vertreter. Folgende Kollegen der Liste V. 1 gelten als gewählt: Bulla, Robert, Buchdrucker; Vastke, Felix, Steinbrecher; Gah, Max, Gewerkschaftsangehöriger; Gohau, Wilhelm, Gewerkschaftsangehöriger; Anauer, Karl, Gewerkschaftsangehöriger; Klotz, Heinrich, Maschinenbauer; Stegmann, Artur, Gewerkschaftsangehöriger; Mübiger, Friedrich, Fabrikarbeiter; Weiß, Otto, Bäcker; Schulz, Karl, Schneider; Reel, Walter, Arbeitersekretär; Garbe, Willi, Müller; Dobrinski, Artur, Tapezierer; Lehmann, Theodor, Weißschneiderei; Grotz, Erich, Bureauangestellter; Fosten, Anton, Expedient; Gennung, Emil, Tischler; Scherret, Artur, Bauhilfsarbeiter; Neubauer, Gustav, Arbeiter; Dieb, Karl, Bote; Mundt, Joseph, Hilfsarbeiter; Sperling, Paul, Maschinenbauer; Gündel, Arno, Elektromonteur; Glend, Walter, Musiker.

Auf die Liste der christlichen Gewerkschaften entfielen sechs Vertreter. Die Christ-Dunderschen gehen leer aus. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1918 erhielten die Freien Gewerkschaften 16 Sitze, die Christlichen 12 und die Christ-Dunderschen 2 Sitze.

Der erfreuliche Ausgang der Wahl zeigt, daß die Freien Gewerkschaften in immer steigendem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen. Er ist zugleich ein bedeutendes Zeichen dafür, was die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft vermag, wenn sie geschlossen vorgeht. Die Gewerkschaftswahl muß gleichfalls ein Erfolg der freien Gewerkschaften werden.

Nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Stimmenabgabe in den einzelnen Wahllokalen.

Beg. Nr.	Wahllokal	V I	V II	V III	ungültig	Zus.
1a	Petrikirchhof	450	102	12	—	564
1b	Rathaus	742	282	40	3	1067
2	St. Petriplatz	391	188	26	—	605
3	St. Petriplatz	861	212	27	2	1102
4	Barbarakirchhof	680	89	20	2	791
5	Wilmshagenstraße	744	93	28	2	867
6a	Off. Anstaltshaus	343	73	10	—	426
6b	Mädchenkloster	362	152	13	—	527
7	Schloß	62	18	3	—	83
8	Schwarzer Meer	391	91	13	—	495
9	Hrvo. Sapperstr.	386	57	9	1	453
10	Seidenstr.	35	8	—	—	43
Zusammen:		5997	1310	201	10	6918

Ein netter Dieb. Das Dienstmädchen D. M. und Groß Nichten hat sich vor der Strafkammer wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Das Mädchen war 8 Jahre bei dem Hausherrn in Diensten. Dessen erwachsener Sohn unterhielt mit dem Mädchen heimlich ein Liebesverhältnis. Als der Sohn die Bewirtung des Vaters übernahm, nahm er das Mädchen in seinen Dienst. Das Mädchen nahm schließlich an, daß der Mann es dauernd behalten und vielleicht auch heiraten werde. Dann verließ der Sohn sich mit einem anderen Mädchen, verlegte aber seine Braut und das Dienstmädchen wurde fortgeführt. Ein liebesvoller Dieb war der Sohn aber nicht, denn sowohl die Angeklagte, als auch Jemand befanden, daß der Sohn sie oft schwer mißhandelte. Es warf sie zur Erde, zerriss ihr die Haare. Der Sohn hat eine Able Vergangenhelt. Wegen Missetaten ist er zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Verweisung des Rechts ein lebenslanges Ansehen verurteilt worden. Er wurde deshalb auch nicht mehr gelassen. Er suchte die Sache so darzustellen, als ob er der von dem Mädchen verfolgte Leutnant Jüngling war. Eines Abends trat er die Angeklagte in seiner Wohnung. Wie er sagt, schlug sie ihm die Laterne aus der Hand. Er griff dann mit der rechten Hand nach dem Mädchen, das ihm dann mit einem Messer über die Hand schnitt und ihm eine leichte Verletzung beibrachte. Dann griff er mit der linken Hand nach ihr und nun erhielt er zwei kräftige Schläge über die linke Hand. Fußboden und Schenkel wurden durchschlagen. Die Angeklagte behauptet, daß er früher bereits einmal hinter ihr hergeschossen habe. Sie habe ihn auch sehr geschrien und in ihrer Angst nach dem Messer gegriffen und damit ihn durch Schläge abgewehrt. Ein ärztlicher Sachverständiger meinte, daß der Eifer und die Verwundung der Wunde zu der Zeit geführt haben könnte. Der Schnitt hätte durch Verletzung tödlich wirken können. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 1 Jahr Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung.

Eine Wohnung vertrieben. Ein Restaurateur in Danzig hatte eine Wohnung in seinem Hause frei, aber die das Wohnungsbauamt nicht gleich verfügte. Er vermietete sie an einen Polizeibeamten, der auch gleich einzog. Der Restaurateur hatte aber keine Erlaubnis zum Vermieten und der Mieter keine Erlaubnis zum Einziehen. Das Schöffengericht verurteilte den Vermieter zu 300 Mark und den Mieter zu 500 Mark Geldstrafe.

Schwere Strafe. Die Aufwärterin A. F. in Danzig wusch bei einer Herrschaft und hängte die Wäsche auf dem Boden auf. Am nächsten Tage meldete die Aufwärterin der Frau, daß eingebrochen und die Wäsche geklaut worden sei. Die Nachforschungen ergaben aber, daß das Schloß ganz unversehrt war und die Aufwärterin selber die Wäsche geklaut war. Sie ist mehrfach vorbestraft und hat öfter so merkwürdige Sachen gemacht. Vor der Strafkammer bestritt sie den Wäschebstahl, aber das Gericht gewann die Überzeugung, daß sie die Täterin war und verurteilte sie zu 1 Jahr Zuchthaus.

Edle Menschenfreunde. Stand da gestern nachmittag an der Markthalle ein Bäckerlein, das die so beliebten Martinsbrotchen feilhielt. Mäucher lehnstüchtige Brotchen, die Brotchen, doch es fanden sich auch genug Liebhaber, die über das nötige Kleingeld verfügten. Das Bäckerlein verlangte pro Pfund 12 Mk. Wöchentlich erschienen zwei Herren in Pelzen, natürlich keine Schieber, und kauften den ganzen Haufen pro Pfund für 11,50 Mk. Trotzdem die umstehenden Käufer dagegen protestierten, fuhr der Wagen mit den Martinsbrotchen von dannen. Wenn sie nun an ihrem Bestimmungsort angelangt sind, kosten sie sicherlich etliche Mark mehr. So werden die Lebensmittel verteuert.

Eine Taschendiebin aus Bromberg. Die Expedientin Karoline Wiltz aus Bromberg kam nach Danzig und verlor einen Taschendiebstahl auszuführen. Sie stand im Straßenbahnwagen neben einem Arbeiter, der zum Bezahlen des Fahrgeldes die Brieftasche mit 240 Mark Inhalt und und Taschenpapiere aus der Brusttasche nahm und wieder zurück setzte. Als der Wagen an einer Kurve einen Ausritt erhielt, fiel die Angeklagte mit Absicht an den Arbeiter heran, griff ihm durch den Arm nach der Brusttasche. Der Arbeiter bemerkte dies jedoch und ergreif sofort die Angeklagte, um ihre Verhaftung zu veranlassen. Sie stand nun vor dem Schöffengericht und wurde wegen versuchten Taschendiebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Reihe von Diebstählen. Der Meister Hermann Neumann in Adlig Rentau und drei weitere Angeklagte standen vor der Strafkammer unter der Anklage des Diebstahls und der Verleumdung. Es wurden in der Umgebung der Angeklagten 6 Diebstähle ausgeführt, wobei auch eine Waffe mitgeführt worden ist. Die Angeklagten leugneten und es mußten viele Zeugen vernommen werden. Neumann ist vielfach vorbestraft. Er wurde wegen Einbruchsdiebstahls in mehreren Fällen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei den übrigen Angeklagten erfolgte Freisprechung.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet Dienstag, den 22. November, nachmittags 2 Uhr statt.

Für die Milchhändler. Die Milchhändler werden aufgefordert, die Familien-Milchkarten am Montag, den 21. d. Mts. gegen Vorweisung der gelben Ausweis-Karte in der Milch-Kassette, Eingang Poggendorf, Gügel 2, Zimmer 18, in der Zeit von 8—3 Uhr abzuholen.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Ausgabe der Hauptkarte Nr. 15 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgeteilt.

Polnische Schiffe im Danziger Hafen. In Ergänzung der Mitteilung betr. die Benutzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe erfahren wir, daß der diplomatische Vertreter der Republik Polen den Senat benachrichtigt hat, daß folgende Einheiten der polnischen Kriegsmarine den Danziger Hafen während des Winters benutzen werden: 1 Kanonenboot, 4 Minensuchboote, 5 Torpedoboote, 1 Schulschiff und 1 Vermessungsschiff.

Danziger Fragen vor dem Winterhaushalt. Wie wir erfahren, wird die nächste Sitzung des Rates des Bürgerbundes, auf deren Tagesordnung auch wieder verschiedene Danziger Fragen stehen werden, am 12. Januar n. J. in Genuß stattfinden.

Kleine Nachrichten.

Gefangen in polnischen Gefangenen.

In der Strafanstalt Mladenburg im Kreis Torgau haben etwa 100 kommunistische Gefangene einen Hungerstreik begonnen. Sie erklären, keine Nahrung zu sich zu nehmen, bis die Regierung eine Amnestie für ihre politischen Vergehen erlassen habe. Nach längiger und kommunistischer Bandenabgeordnetes Fortsetzung gestern vom preussischen Justizminister die vorläufige Entlassung der Gefangenen. Der Minister verspricht der „Freiheit“ zufolge, daß noch am Abend mit dem Direktor der Anstalt telefonisch in Verbindung zu treten. Der kommunistische Abgeordnete, der von preussischen Justizminister die Erlaubnis bekommen hatte, nach Mladenburg zu fahren und mit den Gefangenen zu verhandeln, ist dort eingetroffen.

Erdbeden. Die Erdbedenwarte des Landes-Observatoriums verzeichnete Mittwoch abends von 10 bis 11 1/2 Uhr ein starkes Fernbeben, dessen Herd 400 Kilometer entfernt, wahrscheinlich in Ostpreußen liegt.

Polnische Vorbereitungen für die ober-schlesischen Verhandlungen. Unter dem Vorsitz Stenungs sind dieser Tage im polnischen Außenministerium eine längere Sitzung statt, auf der alle in Frage kommenden Ressorts vertreten waren. In der Sitzung wurde das ober-schlesische Problem und die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland ausführlich erörtert.

Veranstaltungs-Anzeiger

Praktische Übung heute abend 8 Uhr im Fraktionszimmer.

Vertrauensleute der SPD.

Am Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, in der Aula des Schlosses, 111: Vertrauensmänner-Sitzung. Tagesordnung: 1. Danziger Wirtschaftsfragen. Gen. Reel. 2. Auswertungen des Statuts. Gen. Reel. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch ist notwendig. Verband der Gemeindefürer und Staatsarbeiter (Stille Joppe). Freitag, den 18. November, 7 Uhr Vorum: Mittelschulversammlung. Freiarbeiter. Vollständig erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Samstag, den 20. November, vormittags 8 Uhr bei Stepph, Ratzlauerstraße: Außerordentliche Generalsammlung. Tagesordnung: 1. Erziehung zum Gewerkschaftsstand. 2. Stellungnahme zu zentralen Lohnforderungen. 3. Bericht von der Bezirkskonferenz in Berlin. 4. Referat vom 1. Quartal. Persönliche Einladungen erfolgen nicht. Die am 18. verabschiedeten gelten. Jeder Vertrauensmann und Delegierter muß erscheinen.

Wie und wo lernt man reden?

Jeder, der öffentlich reden will und reden muß, braucht eine Vorlesung. Diese wird jedem Parteimitglied in den Diskussionsabenden geboten, die regelmäßig jeden Montag abend um 8 Uhr im Parteibureau, 4. Damm 7, 8 Tr., stattfinden. Jedes Parteimitglied ist zur Teilnahme berechtigt.

Berein Arbeiter-Jugend Danzig.

Samstag, den 20. November, morgens 10 Uhr: Besichtigung der Druckerei „Vollmacht“. Abends 6 Uhr: Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Bildungsanstalt. Der 5. Vortrag: „Wesen und Geschichte der Religion“ findet, der Volkshochschule wegen, erst am Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr (1. ab 7 Uhr) im Vortragssaal der Gewerkschaften, Geyers-Platz 1/2, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr.

5. Bezirk (Langfuhr).

Der Bezirk veranstaltet am Samstag, den 19. November, abends 7 Uhr, im Saal des Restaurants „Friedrichshof“ Weg 88 einen Unterhaltungsabend. Die Teilnehmer sind Langfuhr, ein Vortragshörer, eine Abordnung des Langfuhr Männergesangsvereins von 1891 und viele Genossen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Zahlreicher Besuch dieser Veranstaltung wird erwartet. Die Eltern der Arbeiterjugend und Gäste sind willkommen.

Briefkasten.

Einige Leser. Ihre Kinder sind geschäftlich beschäftigt, soweit sie dazu in der Lage sind, für den Unterhalt der Eltern zu sorgen.

Seutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Kurs)	7,60	am Vortage	6,95
Dollar	260		251
Engl. Pfund:	1056		1100
Frank. Franken:			15,75
Schweiz. Franken:			51,—

Wala... 20 Pl.

Nr. 18... 25 Pl.

Stambul 30 Pl.

Gold u. Silber

QUALITÄT

RACHNER

BORG

Baukum 40 Pl.

J. B. m. m. 40 Pl.

J. B. m. m. 50 Pl.

Moodam 70 Pl.

Wasserstandsberichte am 18. November 1921.

	16.	17.	18.		
Jamisch	+0,50	+0,52		Wismarsche	+0,40
Wismarsche	+0,39	+0,80		Düster	+0,40
Ploß	+0,36	+0,48		Düster	+0,50
	17. 11. 18. 11.			Elbe	+2,20
Thorn	+0,03	+0,22		Schwaben	+2,40
Gorden	+0,24	+0,14		Schwaben	+2,30
Gulm	+0,42	+0,34		Wismarsche	+0,40
Gründung	+0,26	+0,20		Wismarsche	+0,40
Kurzebrück	+0,04	+0,08		Wismarsche	+0,40

Wischer: Gistret.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Adamat, Danzig; für Anzeigen Bruno Gwert in Danzig — Druck von F. G. G. & Co., Danzig.

Nützliche Bekanntmachungen.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 15 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.
Danzig, den 18. November 1921. (3542)

Senat.
Städt. Nahrungsmittelstelle.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr:
Dauerkarten B 1.

Ranon, die Wirtin vom goldenen Lamm

Operette in 3 Akten von J. H. Mühl von Richard Gené. Szenische Leitung: Erich Sternck.
Musikalische Leitung: Ludwig Schicht.
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9¹⁵ Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Er-
möglichte Preise. „Die Hermannschlacht.“

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. „Tiefenland“ Lustspiel.

Montag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Das
Wintermäre's Räuber“. Komödie.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Danzig. Die Otto Normann

Heute, Freitag, den 18. November,

abends 7¹⁵ Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Nixchen“

Operette in 3 Akten von Oak Strauss.

Morgen, Sonnabend, d. 19. Novbr.:

Gewerkschaftsband-Konzert.

Sonntag, den 20. November,

„Nixchen“

Vorverkauf im Warenhaus Ufer. Freimarkt. Kassenmarkt.
von 10 bis 4 Uhr Freitag und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (3538)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Sonntag, 27. Nov. 7¹⁵ Uhr

Friedrich Wilhelm - Schützenhaus

TANZ

Abend

Lutz

Kieselhausen

Neues Programm

Karten v. 6.— bis 30.— (u. Steuer) i. d. Buch-
handlg. John & Rosenberg Kohnenmarkt 13. (3539)



Ab heute:

Der 2. Teil des großen Filmwerkes

Im Rausche der Nacht

mit

Gunnar Tolnaes

5 Akte.

Ferner.

8575

Die Schuld des Grafen Weronski

Ein russisches Schauspiel in 4 Akten
mit

Carola Toelle

Erich Kaiser-Tilly

Vorführung 4, 5 und 6 Uhr.

Vorverkauf! Ab 25. November:

Das lachliche Drama.

Zentral- Theater

Langwasserstr. 4 • Fernsprecher 1111

Ab Freitag 4 Uhr
das besonders große Programm

Grausige Nächte

Der große Reizfilm des Ufa!
5 starke wuchtige Akte mit
Edith Posca — Alfred Abel

und
Esther Carona — Maria Zelenka
Eugen Klöpfer — Theodor Loos
in der starken Tragödie (3574)

Die Schuldige

5 inhaltschwere Akte.

Wir bitten herzlich, die 4-Uhr-Vorstellung zu besuchen.

Metropol-

Lichtspiele

Domitiuswall 12.

Wieder bringt unser neuer Spielplan eine
Kette von Sensationen u. Überraschungen:

Das Sprungbrett des Todes!

Defektiv-Abenteuer in 6 Riesen-Akten.

Die Nixe!

(Das Abenteuer einer Mondnacht)
ein prächtiger Amerikaner in 6 großen Akten
mit der wunderschönen Künstlerin
„Anita Stewart“

Orte der Handlung: New-York, ein ameri-
kanischer Luxusdampfer und ein modernes
Seebad. (3579)

4, 6, 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr

Ich verkaufe

in meiner Wohnung

trotz
enormer Preissteigerung
noch unvermindert billig

Günstige Einkäufe! Alle Abschlüsse!
Fortfall der Ladenmiete!

Keine Personalspesen!

Schlüpfer Raglans Gummimäntel Winterjoppen	Anzüge Cutaways Hosen Hüte
---	-------------------------------------

Die billige Einkaufsquelle

Hirsch

1. Damm 5
2. Etage

Kein Laden! Solide Preise!
Mitbringer dieser Anzeige erhalten
5% Rabatt (3577)

Billig MÖBEL Billig

Jeder Art. Ganze Wohnungseinrichtungen
auch einzelne Stücke kaufen Sie bei

Fenselau

Altstädtischer
Graben Nr. 35.

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender

1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Billig und doch gut

kaufen Sie moderne fertige

Herren-Bekleidung

5578) sowie gutseitende Maßanfertigung
bei J. Czerninski

Danzig, Altstadt. Graben 96/97
Eingang Kleine Mühlengasse.

Soeben erschien:

Danziger Blossen

Heft 4 Preis 1.50 Mk.

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Eine Menge Geld

verdienen Sie durch das Aufheben von
Metallabfällen. Kaufen jede Menge Kup-
fer, Rotguss, Messing und Bleiabfälle zu
höchsten Tagespreisen.

Kempa, Ankerschmiedegasse 15.
Winterplatz. (3560)

Stroh-Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendegasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4288)

Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 30

Mampes Gute Stube

Inh.: Fröhlich & Strunk

Sehenswürdigkeit Langfuhrs

5572

Eröffnung

am Sonnabend, den 19. November 1921,
mittags 12 Uhr

Blasweiser Russchank sämtl. Mampes-Spezialitäten

H. Mocca - Kaltes Büfett - Bierabteilung

Flaschenverkauf und Weinhandlung

Das Schulprogramm

der
Sozialdemokratie

von RICH. LOIDMANN

Erzählt, Handbuch für
Jugend, Lehrer und En-
tschiedener, in dem nicht nur
die Forderungen der
Sozialdemokratie zu-
sammengefasst sind,
sondern auch die wach-
senden Möglichkeiten zur
dringenden Erreichung
des Zieles dargestellt
werden.

Preis Mark 2.50

Buchhandlung
„Volkswacht“
Am Spendhaus 6 und
Paradiesgasse 32.

Genossen, Leser und
Gefinnungsfreunde

Geschäfte,
die nicht in
eurer Zeitung infor-
mieren, vergleicht auf
eure Rundschaff! Be-
rückichtigt daher bei
euren Einkäufen
nur die
Interenten der
„Danziger Volksstimme“.

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

In geschmackvoller und
sorbender Ausstattung

Massenaufgaben

In kürzester Zeit
zu billigen Preisen

Kataloge • Broschüren
Zeitschriften • Bücher

Buchhandlung

Sozialistische Literatur
in größter Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Soeben erschienen!

Allgemeine Geschichte des

Sozialismus und der sozialen Kämpfe

III. Teil:

Neue Zeit

von R. Beer

Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Stroh- Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendegasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4288)

Anfertigung eleganter Damen- u.

Herren-Garderoben nach Maß

zu billigsten Preisen. (3544)

Mitgebrachte Stoffe werden verarbeitet.

Paraturen — Wenden — Modernisieren

I. Guddat, Schneidermeister.

Breitgasse 56, Eingang Zwirngasse.

Stroh- Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendegasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4288)

Stroh- Panama- Velour- Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendegasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (4288)